



Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Änderung der Thüringer Landeshaushaltsordnung beraten

Auf Initiative der Landesregierung ging am 19. März 2009 die Änderung der Verfassung hinsichtlich der Thüringer Landeshaushaltsordnung in die Erste Beratung. Es handelt sich hierbei um die Aufnahme eines grundsätzlichen Neuverschuldungsverbotes sowie eines Tilgungsgebotes in die Verfassung des Freistaats. Eine kurzfristige Verschuldung in Notlagen soll insofern möglich sein, als dass diese innerhalb eines festgesetzten Zeitraumes wieder ausgeglichen werden muss. Finanzministerin Birgit Diezel (CDU) erklärte: „Mit der Ergänzung des Neuverschuldungsverbotes durch ein Tilgungsgebot soll gewährleistet werden, dass ein Zuwachs von

Schulden gebremst wird.“ Mike Huster (DIE LINKE) entgegnete: „Für uns stellt sich die Frage, warum Sie ausgerechnet am Beginn der verheerenden Krise einen so weit reichenden Entwurf zur Änderung der Verfassung und zur Veränderung der Grundlagen dieses politischen Systems einbringen wollen, denn damit wäre die Pflicht zum größten Sozialabbau der jüngeren Thüringer Geschichte gegeben.“ Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Christoph Matschie hielt entgegen: „Ihre Vorschläge, einfach ein Schuldenverbot in die Verfassung zu schreiben, ohne Strukturveränderungen anzugehen, ohne über die Einnahmesituation zu reden, führen nur zu Kür-

zungen in der Bildung, bei Sozialleistungen und dem Abbau der Inneren Sicherheit. Das kann unsere Zustimmung nicht finden.“ „Wenn wir wollen, dass unsere parlamentarische Demokratie so wahrgenommen wird, dass der Landtag in der Lage ist, seine eigenen Haushaltsziele aufzustellen, dann müssen wir heute die Weichen stellen. Eine dieser strukturellen Maßnahmen ist unweigerlich die Schuldenbremse, und deswegen ist es wichtig, dass wir heute diesen Weg einschlagen“, begrüßte der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring den Gesetzentwurf. Dieser wurde mehrheitlich an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

die vor Ihnen liegende Ausgabe des Landtagskuriers berichtet diesmal über gleich drei Plenarsitzungen. Die regulären Sitzungstermine am 19. und 20. März 2009 wurden durch den Sondertermin am 3. April 2009 ergänzt, um die große Anzahl an vorliegenden Anträgen vollständig und ausführlich beraten zu können.

Außerdem tagte im März zum vierten Mal seit Bestehen des Thüringer Landtags ein Schülerparlament. Neben dem gewohnten Bericht aus dem Plenum und den Ausschüssen sowie von Veranstaltungen im Thüringer Landtag informieren wir Sie auf Seite 2 über das Zusammentreffen der jungen Parlamentarier. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!
Ihre

Dagmar Schipanski

Prof. Dr. Dagmar Schipanski

Gesetz für mehr Demokratie in Thüringer Kommunen beschlossen

In der Plenarsitzung am 3. April 2009 ging das Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung in die Zweite Beratung. Auf Basis des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“, das im vergangenen Herbst erfolgreich zustande gekommen war, wurde der entsprechende Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Vor der Beratung im Plenum kam es zu einer Einigung zwischen den drei Fraktionen, dem Gesetzentwurf gemeinsam zuzustimmen. In der Aussprache resü-

mierte Dieter Hausold, Fraktionsvorsitzender der LINKEN: „Die Abgeordneten des Thüringer Landtags tragen mit ihrer Entscheidung die Verantwortung dafür, dass das, was engagierte Bürger wollen, gesellschaftliche Wirklichkeit wird.“ „Demokratie braucht Strukturen, die verlässliche Entscheidungswege garantieren. Bürger- und Volksbegehren ermöglichen Erfahrungen mit der Demokratie, die auf andere Weise nicht möglich sind und steigern deren Akzeptanz innerhalb der Bevölke-

rung“, ergänzte der SPD-Fraktionsvorsitzende Christoph Matschie. Christian Carius (CDU) machte darauf aufmerksam, dass „jedes Gesetz sich in der Praxis bewähren muss. Daher muss es die erste Aufgabe dieses und auch des kommenden Landtages sein, dieses Gesetz in seiner Anwendungspraxis sorgfältig zu beobachten und gegebenenfalls auch nachzubessern.“ Der Gesetzentwurf wurde mit nur drei Gegenstimmen in der Schlussabstimmung mehrheitlich angenommen.

Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit

Der Wirtschaftsausschuss trat am 4. März 2009 zu einer außerplanmäßigen Sitzung zusammen, um sich auf der Basis zweier Selbstbefassungsanträge, gestellt von den Fraktionen DIE LINKE („Sicherung des Standortes Opel Eisenach sowie Unterstützung der betroffenen Zulieferbetriebe“) und der CDU („Zukunft des Automobilstandortes Eisenach“), von der Landesregierung über Lage und Perspektive von OPEL informieren zu lassen. Die Ausschussmitglieder nahmen zur Kenntnis, dass die Krise von OPEL durch die beträchtliche Überproduktion der weltweiten Automobilbranche

im Zusammenhang mit der globalen Finanzkrise zum Ausbruch gekommen ist. Hinzu kommen Probleme im internen Verhältnis von GM, dem Mutterkonzern, und OPEL selbst. Der Schlüssel zur Bewältigung der Krise von OPEL und damit auch des OPEL-Standortes Eisenach liegt nach Meinung des Ausschusses und der Landesregierung zunächst bei GM. Erste Überlegungen in Richtung einer „OPEL-Europa-AG“ würden begrüßt, allerdings sei deren Ausgestaltung und der Grad ihrer Unabhängigkeit von GM noch offen, so Ausschussvorsitzender Dr. Michael Krapp (CDU).

Ausschuss für Naturschutz und Umwelt

In seiner Sitzung am 13. März 2009 beschäftigte sich der Umweltausschuss mit dem Kalksteinabbau bei Buchenau an der Werra. Nach der Durchführung genehmigter Rodungen im Naturschutzgebiet hatte dort der Steinbruchbetreiber offensichtlich unerlaubt Kalksteinabbau betrieben. Er griff damit einer Genehmigung des Bergamtes vor. Das Landesbergamt beraumte eine Woche nach der diesbezüglichen Information durch den Ausschussvorsitzenden Tilo Kummer (DIE LINKE) einen Vorort-Termin an. Dabei erhärtete sich der Sach-

verhalt. Die Landesregierung teilte mit, dass inzwischen ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Steinbruchbetreiber eingeleitet wurde. Mit einer Wiederaufnahme des Kalksteinabbaus ist bei Vorliegen der Genehmigungen zu rechnen. Ob bei den nicht genehmigten Maßnahmen Orchideenvorkommen im Naturschutzgebiet geschädigt wurden, will die Landesregierung noch prüfen. Das Landesverwaltungsamt als obere Naturschutzbehörde hatte verlangt, vor Beginn der Rodungen vorhandene Orchideen umzusiedeln.

Ausstellungen

Friedliche Revolution und Grundrechte sind Themen zweier Ausstellungen im Landtag

Aus Anlass des Jahres der Demokratie 2009 eröffnete Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski am 18. März 2009 gemeinsam mit dem Direktor des ThILLM, Dr. Bernd

Ausstellung, die von Schülern aus Gera und Greiz erarbeitet und gestaltet wurde, beschäftigt sich anhand von Fotos mit dem Thema Grundrechte. Die Ausstellung versteht sich als



Uwe Althaus, und dem Leiter der Landestelle Gewaltprävention, Christoph Bender, gleich zwei Ausstellungen im Thüringer Landtag.

Zu sehen sind eine Plakatausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die den Weg von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit nachzeichnet. Eine weitere

Untersuchung über das Demokratieverständnis sowie die Sensibilisierung für Grundrechte im Jugendalter. Unterstützt wurde sie u.a. durch den Landesfilmdienst Thüringen e.V., der Europäischen Jugendbildungs- und -begegnungsstätte Weimar (EJBW), dem ThILLM, der Landestelle Gewaltprävention und der Fachhochschule Erfurt. Bei der Ausstellungseröffnung standen die Schüler, die die Ausstellung „Grundrechte“ erarbeitet haben, den Besuchern als Gesprächspartner zur Verfügung.

Veranstaltungen

Schülerparlament im Thüringer Landtag

Am 11. und 12. März 2009 simulierten 88 Juniorabgeordnete aus allen Regionen des Freistaats die Arbeit des Landesparlaments. Jeder der teilnehmenden Juniorparlamentarier wurde von einem Landtagsabgeordneten benannt. Auf dem Programm standen Sitzungen der Fraktionen, der Ausschüsse und des Plenums. Dabei galt die Geschäftsordnung des Thüringer Landtags. In zwei Veranstaltungen im Februar wurden die Schüler durch die Landtagsverwaltung und die Fraktionen inhaltlich vorbereitet und hatten sich ihrerseits zu drei Fraktionen zusammengefunden: „Team junges Thüringen“ (Patenfraktion CDU), „Die Rotkehlchen“ (Patenfraktion DIE LINKE) und „Willy Brandts Enkel“ (Patenfraktion SPD). Insgesamt wurden sechs Anträge behandelt, die Themen wie „Mehr männliches Personal in Kindertagesstätten und Grundschulen“, „Verbesserung des Klimaschutzes an Thüringer Schulen“ oder „Stärkung der musikalischen Bildung“ auf die Tagesordnung brachten. Auch

die Aktuelle Stunde über „Zulässigkeit und Begründung eines möglichen Schülerstreiks an Thüringen Schulen“ sorgte für eine kontroverse Debatte zwischen den Schülerfraktionen. Am 12. März fand außerdem eine



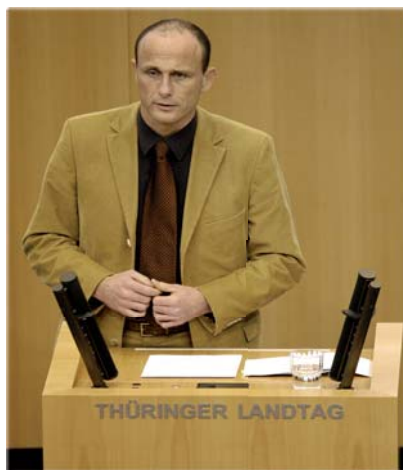
Landespressekonferenz statt, bei der sich die Jungparlamentarier den Fragen der Journalisten stellten. „Durch diese Wirklichkeitsnähe bot das Schülerparlament eine hervorragende Möglichkeit, jungen Menschen die Praxis der parlamentarischen Demokratie im Nachvollzug verständlich zu machen“, so Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski.

CDU

CDU-Fraktion will Einstellungskorridor für junge Lehrer ausweiten 2009 sollen 100 und 2011 bereits 500 junge Lehrer neu eingestellt werden

Die Landesregierung soll in diesem Jahr mindestens 100 und ab 2011 jährlich etwa 500 Lehrer neu einstellen. Das hat der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossen. Wie der Vorsitzende der Fraktion, Mike Mohring, sagte, „hält die CDU trotz des derzeitigen Überhangs an Lehrerstellen einen Einstellungskorridor für erforderlich.“

Laut Mohring werden in den Schuljahren bis 2018/2019 jährlich Lehrer mit einem Stundenvolumen aus dem Schuldienst ausscheiden, das etwa 500 Vollzeitstellen entspricht. Nach dem Willen der



CDU-Bildungspolitiker Volker Emde

Fraktion soll der Unterricht auch in Zukunft in einem Umfang abgedeckt werden, wie er bestand, bevor es durch die gerichtlich erzwungene Vollzeitverbeamtung zum derzeitigen Überhang kam. „Damit wird der Freistaat auch weiterhin eine hervorragende Schüler-Lehrer-Relation haben“, so Mohring. Für den bildungspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Emde, „sollen jun-

Die CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

ge Lehrer in Thüringen eine Chance erhalten und durch den sich zügig verbreiternden Einstellungskorridor altersgemischte Lehrerkollegien geschaffen werden.“ Wie Emde sagte, „verpflichtet der Antrag die Landesregierung zugleich darauf, Bewerber für ein Lehramtsstudium zu gewinnen und entsprechend ausreichend Studiengänge anzubieten. Für alle Fächer und Schularten sollen in Thüringen ausgebildete Lehrer vorhanden sein.“

Konjunkturpaket: Aus Geldern werden Aufträge und Arbeitsplätze

Das Konjunkturpaket II nimmt in Thüringen konkrete Gestalt an. Das Land hat jetzt eine Liste mit 44 Projekten vorgelegt, die es unmittelbar fördern will. Dafür stehen 20 % der Konjunkturpaketmittel zur Verfügung. Das sind knapp 85 Mio. Euro.

Investiert wird in Hochschulen und Forschungsinstitute, Polizei und Feuerwehreinrichtungen, bedeutende Denkmale, Behörden und Ausbildungseinrichtungen. „Damit werden die Gelder in Aufträge umgesetzt und Arbeitsplätze gesichert“,

so Siegfried Wetzel, Baufachmann der CDU-Fraktion. Wie er hinzufügte, werden die verbleibenden 80 % der Konjunkturpaketmittel durch die Kommunen investiert. „Davon werden Kitas, Schulen, städtische und ländliche Infrastruktur in

großem Umfang profitieren“, sagte Wetzel. Durch konkrete Planungen umgesetzt ist unterdessen auch das Landesstraßenerhaltungsprogramm. Bis 2013 sollen an rund 40 Landesstraßen insgesamt 250 Mio. Euro verbaut werden.

Gewerkschaft CGZP Lohndrucker-Verein

„Endlich ist der dubiose Lohn-drückerverein CGZP gestoppt worden“, so der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Dieter Hausold, mit Verweis auf das Arbeitsgericht Berlin, das die „Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen“ (CGZP) für nicht tariffähig erklärt hat.

DIE LINKE hatte im vergangenen Jahr mit einem Antrag im Thüringer Landtag die Landesregierung ebenfalls aufgefordert, die Tariffähigkeit der CGZP zu überprüfen, da sie auch im Leiharbeitsgewerbe im Freistaat mit Dumpinglöhnen tätig ist. Der Antrag war jedoch von der CDU-Mehrheit mit hanebüchenen Argumenten abgelehnt worden. Dieter Hausold forderte jetzt den Thüringer Ministerpräsidenten auf, sich endlich von der CGZP zu distanzieren. Dieter Althaus selbst sei Mitglied eines zur CGZP gehörenden Vereins und mehrfach auf Veranstaltungen so genannter christlicher Gewerkschaften aufgetreten.

Ein „Risikoschirm für regionale Betriebe“ Regionalwirtschaftskonferenz der LINKEN im Landtag

Auf ihrer Regionalwirtschaftskonferenz am 4. April wurde DIE LINKE von den eingeladenen Wissenschaftlern und Unternehmern bestärkt in ihrem Bemühen um die Förderung regio-

tätigung zu unterstützen. Dabei gehe es insbesondere um Innovations- und Vermarktungsprozesse sowie Vernetzungshilfen. MdB Bodo Ramelow, Ministerpräsidentenkandidat der Thü-



naler Wirtschaftskreisläufe. Ziel seien insbesondere der Erhalt und die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze in Thüringen, betonte Fraktionsvorsitzender Dieter Hausold. Er forderte die Landesregierung auf, gerade in dieser Krisen-Situation ihr wirtschaftspolitisches Engagement wesentlich stärker auf die Sicherung der kleinen und mittleren Unternehmen in Thüringen zu richten sowie regional produzierende Firmen und alternative Formen der wirtschaftlichen Be-

ringer LINKEN, forderte einen „Risikoschirm für regionale Betriebe“ und schlug u. a. eine Eigenkapitalbeteiligungsgesellschaft sowie die Stärkung der Thüringer Aufbaubank vor. Dringend müsste das Vergaberecht des Landes zugunsten regionaler Vergaben geändert werden. Bodo Ramelow sprach von einer „Renaissance der Sparkassen und Genossenschaftsbanken“, die wichtige Elemente des notwendigen Aufbaus eines regionalen Thüringer Kapitalstocks seien.

LINKE will gegen Kali-Vertrag klagen

Die Linksfraktion hat beschlossen, eine Klage gegen den öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen Hessen, Thüringen und dem Unternehmen K+S vorzubereiten. „Wir wollen vor das Verfassungsgericht ziehen, weil die Landesregierung mit dem Vertrag gegen einen zwingenden parteiübergreifenden Landtagsbeschluss verstoßen hat“, erklärte MdL Tilo Kummer. Das widerspreche dem Grundsatz der Gewaltenteilung und verletze die Rechte des Parlaments. Der am 4. Februar unterzeichnete Vertrag sichert die Kaliproduktion bis zur Erschöpfung der Lagerstätten, ohne klare Vorgaben zur Reduzierung der Umweltbelastung zu treffen. Es müsse eine Nachbesserung des Vertrages mit dem Ziel, „Naturnahe Werra“ erreicht werden.

Wirtschaftskrise ist auch kulturelle Krise

Gesine Schwan will Bundespräsidentin werden: Besuch bei der SPD-Fraktion

Schöne Parallelität der Ereignisse: Während sich draußen der kalendarische Frühling mit Sonne und Temperaturen um die 20 Grad präsentierte, war drinnen, im Sitzungsraum der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, der Hauch eines politischen Frühlings spürbar. Hoch erfreut begrüßte SPD-Fraktionschef Christoph Matschie am 1. April Gesine Schwan, die Kandidatin der SPD für das Amt des Bundespräsidenten. An Charisma mangelt es Gesine Schwan, von Haus aus Wissenschaftlerin und ehemalige Präsidentin der Europa-Universität „Viadrina“ in Frankfurt/Oder, nicht: Aufbruchstimmung wurde

spürbar, als Schwan in einer unnachahmlichen Mischung aus Kompetenz, Charme und Optimismus referierte.

ordnung angesichts der Wirtschaftskrise nicht nur einem strukturellen Wandel unterzogen werden müsse. In der Wirtschaftskrise sei vielmehr auch eine „kulturelle Krise“ zu sehen, die sich schon weit früher und nicht erst seit November 2008 am gesellschaftlichen Horizont abgezeichnet habe. Im dem anschließenden Gespräch ging Frau Schwan gewohnt souverän und witzig auf Fragen ein. Sie betonte, dass das Gebot der Stunde Umkehr heiße: Die Krise solle nicht ausschließlich als Krise, sondern auch als Chance für innovative Neuerungen gesehen werden.



Konzentrierte Zuhörer: SPD-Bundestagsabgeordneter Carsten Schneider, Ralf-Uwe Beck vom Bündnis „Mehr Demokratie“ (von links) sowie Christoph Matschie (rechts außen).

Das Bildungssystem und - natürlich - die Wirtschaftskrise bildeten die Schwerpunkte ihrer Anmerkungen vor Abgeordneten und Mitarbeitern der SPD-Fraktion. Schwan betonte, dass die ökonomische Welt-

Landesregierung soll aktive Arbeitsmarktpolitik machen

Der ausbleibende Frühjahrsaufschwung auf dem Arbeitsmarkt, verbunden mit einem starken Anstieg der Kurzarbeit, sind nach Ansicht von SPD-Arbeitsmarktpolitiker Walter Pilger Besorgnis erregend. Lediglich in Thüringen und Sachsen sei die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen – in allen anderen neuen Ländern sei sie trotz Wirtschaftskrise zurück gegangen. Pilger erneuert deshalb seine Kritik an der CDU-Landesregierung: „Die Entwicklung zeigt, dass die Wirtschaftskrise zunehmend auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Abwarten und hoffen sind die falschen Rezepte“, so Pilger. So sei ein Antrag der SPD-Fraktion zur Ausweitung der Landesförderung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik von der Mehrheitsfraktion abgelehnt worden.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen

Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872

E-Mail:
buergerbeauftragte@landtag.
thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die
Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR

Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952

E-Mail:
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den
Datenschutz

Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904

E-Mail:
poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.thueringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint
monatlich in Form eines News-
letters.

Der Bezug ist kostenfrei so-
wohl über den Postweg als
auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier
bestellen möchten, schreiben
Sie uns eine E-Mail an:

Poststelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



Die Bürgerbeauftragte

Bürgerbeauftragte übergibt Jahresbe- richt 2008

Am 25.03.2009 hat die Bür-
gerbeauftragte des Frei-
staats Thüringen, Silvia Lie-
baug, der Präsidentin des
Thüringer Landtags, Prof. Dr.
Dagmar Schipanski, ihren
Bericht über die Tätigkeit für
das Jahr 2008 übergeben.

Der Bericht wird auch im In-
ternet veröffentlicht und
steht allen Interessierten un-
ter www.bueb.thueringen.de
zur Verfügung.



Die Anzahl der Anliegen, die
der Bürgerbeauftragten im
Jahr 2008 vorgetragen wur-
den, hat sich im Vergleich
zum Vorjahr erhöht. Diese
Entwicklung ist auch auf die
verstärkte Öffentlichkeitsar-
beit der Bürgerbeauftragten
zurückzuführen.

Von den 2008 neu eingegan-
genen Vorgängen wurden
im Berichtszeitraum selbst
bereits 90 % abschließend
bearbeitet. Insgesamt wur-
den im Berichtszeitraum 847
Vorgänge abschließend be-
arbeitet. Das ist eine Steige-
rung um 9,4 % im Vergleich
zum Vorjahr.

Im Berichtszeitraum wurden
insgesamt 46 auswärtige
Bürgersprechstunden in den
Landkreisen und kreisfreien
Städten sowie 14 ganztägige
Bürgersprechstunden am
Dienstort in Erfurt durchge-
führt. Weiter führte die Bür-
gerbeauftragte 34 Ortstermi-
ne durch.

Vom Petitionsausschuss des
Thüringer Landtags wurden
der Bürgerbeauftragten sie-
ben Prüfaufträge gemäß
§ 8 Abs. 2 Satz 2 Thüringer
Gesetz über das Petitions-
wesen erteilt.

Der Datenschutzbeauf- tragte

Ärger mit den Melde- daten

Immer wiederkehrend erhält
der Thüringer Landesbeauf-
tragte für den Datenschutz
Anfragen und Beschwerden
von Bürgern, deren Daten in
Adressbüchern veröffentlicht,
von Parteien zu Zwecken der
Wahlwerbung genutzt oder
durch die Medien bei Alters-
oder Ehejubiläen bekannt ge-
macht werden.

Mit Verwunderung müs-
sen dann die Betroffenen zur
Kenntnis nehmen, dass es den
Meldebehörden gesetzlich er-
laubt ist, die Adress- und Ju-
biläumsdaten der Einwohner
Verlagen, Parteien oder Medi-
en zur Verfügung zu stellen,
solange die Betroffenen dem
nicht ausdrücklich widerspro-
chen haben.

Im Hinblick auf die bevorste-
henden Wahlen, bei denen er-
fahrungsgemäß die verschie-
densten Parteien und Wahl-
bewerber ihr Interesse an An-
schriften von bestimmten
Wählergruppen bekunden,
sollte deshalb jeder Einwoh-
ner darüber nachdenken, ob
die Weitergabe seiner An-
schrift an jede beliebige Par-
tei seinem Willen entspricht.
Soweit er zu dem Ergebnis ge-
langt, dass er dies nicht möch-
te, muss er das gegenüber der
Meldebehörde unmissver-
ständlich zum Ausdruck brin-
gen.

Entsprechendes gilt auch für
Datenübermittlungen an Me-
dienvertreter bei Alters- und
Ehejubiläen oder an Adress-
buchverlage.

Zu diesem Zweck stehen bei
den Meldebehörden oder auf
der Homepage des Thüringer
Landesbeauftragten für den
Datenschutz
(www.thueringen.de/datenschutz)
Vordrucke zur Verfügung.

Darüber hinaus kann sich je-
der Einwohner auch formlos
an seine Meldebehörde wen-
den.

Gleichwohl bleibt die Forde-
rung des Thüringer Landes-
beauftragten für Datenschutz
bestehen, im Zuge der Moder-
nisierung des Melderechts die
bisherigen Widerspruchsre-
gelungen auf den Prüfstand zu
stellen und im Interesse des
Bürgers durch Einwilligungs-
lösungen zu ersetzen.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Recht und Freiheit 60 Jahre Grundgesetz – 20 Jahre Friedliche Revolution

13. Bundesweiter Kongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Stif- tung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Der jährliche Kongress, zu dem
die Vertreter der Opferverbän-
de der SED-Diktatur eingela-
den sind, findet im April im
Thüringer Landtag statt. Das
Jubiläumsjahr ist Anlass, den
inneren Zusammenhang zwi-
schen beiden Ereignissen zu
bedenken. War das Grundge-
setz mit seiner Garantie der
Menschen- und Bürgerrechte,
der Gewährleistung freier
Wahlen und der institutionel-
len Sicherung einer unabhän-
gigen Justiz Vorbild und
Sehnsucht großer Teile der Be-
völkerung der DDR? Der Lan-
desbeauftragten ist es gelun-
gen, als Hauptredner Herr
Prof. Dr. Jürgen Papier, den Prä-
sidenten des Bundesverfas-
sungsgerichtes und damit den
höchsten Repräsentanten der
bundesdeutschen Justiz, zu ge-
winnen. Er spricht am 24. April
um 18.00 Uhr im Plenarsaal
des Thüringer Landtags.

Am Samstag werden die
Grund- und Freiheitsrechte
als Motive und Ziel von Wider-
stand und Opposition in der
DDR thematisiert. Mit Karl-
Wilhelm Fricke konnte der re-
nommierteste Autor der frü-
hen DDR-Forschung gewon-
nen werden, der schon seit den
fünfziger Jahren die Verbre-
chen der SED-Diktatur thema-
tisiert.

Der Nachmittag gehört einer
Gedenkstunde und dem Spe-
ziallagermuseum Buchen-
wald. Dort wird auch über die
Entwicklung der Gedenkkultur
und Schülerprojekte berichtet
werden.

Am Samstagabend gibt es ein
Lese-Konzert mit Freya Klier
und Stefan Krawczyk.

Am Sonntag soll die europä-
ische Perspektive in den Blick
kommen. Ein Vortrag über die
„Revolutionen in Europa 1988
bis 90 als Rückkehr von Recht
und Freiheit“ von Ehrhart Neu-
bert wird die Grundlage bieten
für eine Diskussion mit Gästen
aus der Tschechischen Repu-
blik, der Ukraine und Litauen.